

Nach § 130 Abs. 2 GWB findet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) Anwendung auf alle Wettbewerbsbeschränkungen, die sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes - d.h. in Deutschland - auswirken, auch wenn sie außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes veranlaßt werden.

Der Begriff "Wettbewerbsbeschränkungen" in § 130 Abs. 2 GWB ist die zusammenfassende Bezeichnung für alle in den Sachnormen des GWB geregelten Wettbewerbsbeschränkungen. Zur Auslegung des Begriffs **Inlandsauswirkung** im Sinne des § 130 Abs. 2 GWB muß der Schutzzweck der jeweils anzuwendenden Sachnorm des Gesetzes herangezogen werden (vgl. BGH-Beschluß vom 12.7.1973 WuW/E "Ölfeldrohre" zu § 98 Abs. 2 GWB a.F.). Der Zweck der Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB) ist die Erfassung der Unternehmenskonzentration, da sie den Wettbewerb beeinträchtigen kann¹. Im Hinblick auf die §§ 35 ff. GWB ist die Wettbewerbsbeschränkung im Sinne des § 130 Abs. 2 GWB der **Zusammenschlußvorgang** als solcher. Der Nachweis einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen im Inland ist im Rahmen des § 130 Abs. 2 GWB nicht erforderlich.

Das Merkmal der Inlandsauswirkung bei Zusammenschlüssen mit Auslandsbezug wird nachfolgend unter I. für verschiedene Fallkonstellationen näher umschrieben. In der **seit dem 1.1.1999** geltenden Fassung ist zusätzlich ein bestimmter **Inlandsumsatz** (gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 2 GWB) Voraussetzung für die Anwendbarkeit der deutschen Fusionskontrolle (dazu unter II.). **Für Zusammenschlüsse, bei denen das erworbene Unternehmen diesen Inlandsumsatz erzielt, ist eine hinreichende Inlandsauswirkung im Sinne von § 130 Abs. 2 GWB regelmäßig zu bejahen.** Eingehender zu prüfen ist die Inlandsauswirkung deshalb zukünftig nur bei ganz oder teilweise im Ausland realisierten Zusammenschlüssen.

Abschließend wird auf einige verfahrensrechtliche Besonderheiten bei Auslandszusammenschlüssen hingewiesen (unter III.).

HINWEIS

Ob Inlandsauswirkungen vorliegen, hängt von den **Umständen des Einzelfalls** ab. Die Ausführungen in diesem Merkblatt bieten nur erste Orientierungspunkte. Es empfiehlt sich deshalb, die Frage einer Inlandsauswirkung vorab im Gespräch mit der zuständigen Beschlußabteilung oder der Grundsatzabteilung zu klären.

¹ Vgl. auch die Merkblätter des Bundeskartellamtes zur deutschen Fusionskontrolle und zum Anwendungsbereich der europäischen Fusionskontrolle sowie das gemeinsame Formblatt für die Anmeldung von Zusammenschlüssen in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Deutschland (dazu unter III.).

I. Inlandsauswirkung i. S. d. § 130 Abs. 2 GWB

Zwei Grundkonstellationen können unterschieden werden:

- Zusammenschlüsse, die im Inland realisiert werden, d.h. bei dem das zu erwerbende Unternehmen seinen Sitz in Deutschland hat
- Zusammenschlüsse, die im Ausland realisiert werden, d.h. bei denen das zu erwerbende Unternehmen seinen Sitz im Ausland hat.

1. Zusammenschlüsse, die **im Inland realisiert** werden (z.B. Erwerb des Vermögens oder der Anteile eines inländischen Unternehmens, Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens im Inland), haben - unabhängig vom Sitz der beteiligten Mutterunternehmen - immer Inlandsauswirkungen; dies gilt auch dann, wenn Erwerber bzw. Gründer einem ausländischen Konzern angehören. Ein im Ausland realisierter Zusammenschluß gilt deshalb hinsichtlich der inländischen Tochterunternehmen der beteiligten Unternehmen als im Inland realisierter Zusammenschluß, da die sog. Verbundklausel (§ 36 Abs. 2 GWB) unabhängig davon gilt, ob der Unternehmenssitz im Inland oder im Ausland ist.

Beispiel: ESSO AG, Hamburg, erwirbt sämtliche Anteile oder das Vermögen der Deutsche Shell AG, Hamburg.

2. **Im Ausland realisierte** Zusammenschlüsse haben Inlandsauswirkungen, wenn die strukturellen Voraussetzungen für den Wettbewerb im Inland beeinflusst werden.

a) Inlandsauswirkungen liegen insbesondere vor, wenn **beide** Unternehmen schon vor dem Zusammenschluß **im Inland tätig** waren. Dafür reicht eine Tätigkeit über Tochtergesellschaften, verbundene Unternehmen, Niederlassungen oder Importeure aus. Wenn **nur ein Beteiligter** bislang im Inland tätig war, aber infolge des Zusammenschlusses Lieferungen in das Inland *wahrscheinlich* sind, der Zusammenschluß das Know-how eines im Inland tätigen beteiligten Unternehmens vergrößert, gewerbliche Schutzrechte an diesen übertragen werden oder die Finanzkraft des im Inland tätigen beteiligten Unternehmens verstärkt wird, nimmt das Bundeskartellamt ebenfalls Inlandsauswirkungen an.

Zukünftige Lieferungen eines ausländischen Beteiligten in das Inland sind wahrscheinlich, wenn produktionstechnische (vor- oder nachgelagerte Produktionsstufen) oder sortimentsmäßige Beziehungen zum inländischen Beteiligten bestehen. Ob zukünftige Lieferungen in das Inland wahrscheinlich sind, richtet sich regelmäßig auch danach, ob gleichartige oder ähnliche Erzeugnisse bereits Gegenstand des Handelsverkehrs zwischen den beteiligten Ländern sind und diesen Lieferungen keine technischen und administrativen Handelshemmnisse entgegenstehen.

Beispiel: Allied Signal Inc., Morristown (N.J.)/USA, erwirbt sämtliche Anteile an der Astor Holdings Inc., Raleigh (N.C.)/USA (beide Unternehmen haben keine Niederlassungen im Inland, beliefern aber den deutschen Markt mit Industriegewachsen).

- b) Ein im Ausland realisierter Zusammenschluß zwischen zwei Unternehmen mit Sitz im Ausland und ohne inländische Tochterunternehmen oder Niederlassungen kann ebenfalls Inlandsauswirkungen haben, wenn durch ihn die **inländische Marktstruktur verändert wird**.

Beispiel: Austrian Airlines, Wien, erwirbt das Vermögen der Tyrolean Airways, Innsbruck; letztere fliegt auch auf deutschen Strecken.

Bei der Gründung eines **Gemeinschaftsunternehmens** hängt die Inlandsauswirkung in erster Linie von dem sachlichen und räumlichen Markt ab, auf dem das Gemeinschaftsunternehmen tätig ist. Inlandsauswirkungen liegen nicht nur vor, wenn das Gemeinschaftsunternehmen im Inland tätig werden soll, sondern auch, wenn es im Ausland tätig wird, der räumlich relevante Markt aber welt- bzw. europaweit abzugrenzen ist.

Beispiel: Mahle GmbH, Stuttgart; Cofap, Sao Paulo/Brasilien; der gemeinsame Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Metal Leve S.A. Industria e Comercio, Sao Paulo war anmeldepflichtig (alle in Deutschland tätig).

II. Inlandsumsatz von mindestens 50 Mio DM

Seit dem 1.1.1999 finden die Vorschriften über die Zusammenschlußkontrolle darüber hinaus nur Anwendung, wenn **mindestens eines** der am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen (einschließlich verbundener Unternehmen im Sinne des § 36 Abs. 2 GWB) im letzten Geschäftsjahr vor dem Zusammenschluß Umsatzerlöse von **mehr als 50 Mio DM im Inland** erzielt hat (§ 35 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Dabei kann es sich um das erwerbende, das zu erwerbende oder ein gemeinsam gegründetes Unternehmen handeln. Unerheblich ist, ob ein inländisches oder ein ausländisches beteiligtes Unternehmen das Erfordernis erfüllt.

Das neue Kriterium ist **neben** der Inlandsauswirkung im Sinne von § 130 Abs. 2 GWB zu prüfen. Erfüllt keines der beteiligten Unternehmen das 50 Mio DM-Kriterium, ist der Zusammenschluß nicht kontrollpflichtig und es bedarf keiner weiteren Prüfung der Inlandsauswirkung. Umgekehrt ist regelmäßig Inlandswirkung anzunehmen, wenn das erworbene Unternehmen den Mindestumsatz von 50 Mio DM in Deutschland erreicht. Die Prüfung der Inlandsauswirkung im Sinne von § 130 Abs. 2 GWB hat zukünftig dann eigenständige Bedeutung, wenn der Erwerber im Inland

einen Umsatz von mindestens 50 Mio. DM erzielt hat und das zu erwerbende Unternehmen oder das Gemeinschaftsunternehmen im Ausland ansässig ist.

Beispiel: Brenntag AG, Mülheim; Anteilserwerb an der Chemproha Dordrecht/Niederlande wäre auch nach jetziger Rechtslage nicht anmeldepflichtig; zwar erzielt die Brenntag AG mehr als 50 Mio. DM ihres Umsatzes im Inland aber die deutschen Tochtergesellschaften der Chemproha B.V. sind nicht erworben worden und der Zusammenschluß hat die Wettbewerbsstruktur auf dem inländischen Markt für Industriechemikalien auch sonst nicht verändert.

III. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei Zusammenschlüssen mit Auslandsbezug

Sofern der Sitz eines der beteiligten Unternehmen sich nicht im Inland befindet, muß die Anmeldung auch eine **zustellungsbevollmächtigte Person im Inland** benennen (§ 39 Abs. 3 Nr. 6 GWB).

Das Bundeskartellamt wird die Freigabe von Auslandszusammenschlüssen nicht von der **Vollständigkeit** der eingereichten **Anmeldung** abhängig machen, wenn

- glaubhaft dargelegt wird, daß die Anmelder auf Grund für den Zusammenschluß geltender ausländischer Rechtsvorschriften oder wegen sonstiger Umstände gehindert sind, vor Vollzug alle erforderlichen Angaben zu beschaffen und
- sich aus den vorgelegten oder sonst dem Bundeskartellamt bereits bekannten Unterlagen ergibt, daß eine Untersagung des Zusammenschlusses erkennbar nicht in Betracht kommt.

Diese erleichterte Verfahrensweise bei Auslandszusammenschlüssen beruht auf einer allgemeinen Weisung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 30. Mai 1980 (BAnz Nr. 103/80 vom 7. Juni 1980).

HINWEIS

In jedem Fall ist nach Vollzug des Zusammenschlusses eine Vollzugsanzeige zu erstatten (§ 39 Abs.6 GWB)

Das Bundeskartellamt hat zusammen mit den Wettbewerbsbehörden von **Frankreich** und dem **Vereinigten Königreich** ein **gemeinsames Formblatt für Zusammenschlüsse** erarbeitet, die in zwei oder mehr dieser Staaten angemeldet werden sollen. Dieses Formblatt kann beim Bundeskartellamt in deutscher, französischer oder englischer Sprache angefordert oder über das Internet (<http://www.bundeskartellamt.de>) abgerufen werden. Die Anmeldung muß jedoch in deutscher Sprache erfolgen.